

# Pavillon: Der Runde Tisch läßt nicht locker

## Bisher keine Möglichkeit des Vorstandes zur Mitwirkung am Nutzungskonzept

**Leer.** So schnell läßt sich der Runde Tisch „Sanierung Leer-Oststadt / Soziale Stadt“ nicht auf das Abstellgleis manövrieren. In einem mehrseitigen Schreiben, das jetzt beim Abendkurier einging, wehrt sich der Vorstand gegen die Unterstellung seitens der Stadt, der Runde Tisch und insbesondere sein Vorstand wären in den Entscheidungsprozeß zum Pavillon am Bahnübergang ernsthaft involviert gewesen und hätten - nach dem Motto: ‚Wer schweigt, stimmt zu‘ - etwa ihren Segen gegeben. Das könne durch die Protokolle der Gremien nicht belegt werden. Der aktuelle Entwurf bzw. das Planungskonzept seien nicht abgestimmt. Der Runde Tisch stellt fest: „Jeder Zeitdruck in dieser Angelegenheit ist hausgemacht.“

Dann geht's um die vom Runde Tisch ausgemachten Män-

gel. Die Planung erstreckte sich ausschließlich auf die stadtauswärts gerichtete Straßenseite des Bahnübergangs. Stadteinwärts sei für die Radfahrer und anderen Passanten nichts vorgesehen. Mißstände im Tunnel würden durch neue Beleuchtung, neue Wandbelege etc. lediglich kaschiert. Weder die Fahrbahnbreite noch die Tunnelhöhe würden verbessert. Für eingeschränkte Nutzer wie Ältere, Behinderte usw. würden sich wie für die Radler im Bereich des Tunnels keine Verbesserungen ergeben. Die Überdachung als Wetterschutz werde nur halbseitig ausgeführt. Das Objekt müsse laut Planung nachts durch Rollgitter gesichert werden, sei also nur zu eingeschränkten Zeiten zu nutzen.

Der Runde Tisch fordert laut Schreiben die „soziale Kontrolle“ durch eine ständige

Beaufsichtigung. Eine weitergehende wirtschaftliche oder ehrenamtliche Nutzung sei bislang nicht nachgewiesen, nur behauptet worden. Für diese Aufgabe - so der Runde Tisch - stünden keine Haushaltsmittel zur Verfügung. Daraus ergebe sich: „Sie müssen also langfrisitig und zusätzlich ‚ehrenamtlich‘ bzw. im Rahmen des Vertrages mit einem noch zu suchenden Nutzer aufgebracht werden.“ Das Personal des zukünftigen Nutzers solle Aufsichtspflichten erfüllen. Wer aber solle die Kosten dieser „sozialen Kontrolle“ tragen? Mache man sich da bei der Stadtverwaltung realistische Vorstellungen?

Wörtlich heißt es im Brief des Runde Tisches weiter: „Im Interesse einer wirtschaftlichen Verwendung öffentlicher Mittel verlangen wir ein durchgerechnetes Konzept. Solange

dieses nicht vorliegt, müssen wir davon ausgehen, daß es nicht existiert oder die ungünstige Prognose bestätigt.“

Der Runde Tisch bemängelt fehlende Alternativen. Seinen Mitgliedern sei von der Stadt keine konkrete Antwort auf einen Fragenkatalog gegeben worden: „Wir fordern, den Nutzen nachzuweisen oder sich bezüglich der Tunnelanierung auf Notwendigkeiten zu beschränken. Ein reiner Repräsentativbau wird durch den Vorstand des Runde Tisches nach nochmaliger Durchsicht der Protokolle und der uns verfügbaren Unterlagen abgelehnt. Wir können den Bürgerinnen und Bürgern nicht raten, dem Projekt ihre Zustimmung zu geben.“ Der Runde Tisch empfiehlt, ergebnisoffen neu in den Planungsprozeß einzutreten.

Uke Meyer